



Nr. 1 2010

Liebe Leserin,
lieber Leser,

gleich zwei aufeinanderfolgende Sitzungswochen eröffnen die Beratungen des Bundestages im Jahr 2010. Daher erscheint dieser Info-Dienst nicht wie gewohnt schon am Freitag, sondern zu Beginn der zweiten Sitzungswoche.

Schwerpunkt der vergangenen Woche im Bundestag waren die Haushaltsberatungen für das Jahr 2010 und die damit verbundene Rekordneuerschuldung von 86 Milliarden Euro. Ein Teil dieser Schulden dient zur Überbrückung der Wirtschaftskrise. Zu kritisieren ist aber, dass trotz dieser finanziellen Lage, großzügige Steuergeschenke an bestimmte Klientelgruppen verteilt werden, auf Kosten der Steuerzahler.

Die Klientelpolitik der Bundesregierung wurde in dieser Woche noch einmal mehr als deutlich: Zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 hat die Düsseldorfer Substania AG der FDP 1,1 Millionen Euro überwiesen. Das sind etwa 20 % des gesamten Wahlkampfetats der FDP bei der Bundestagswahl. Hinter der Substania AG steht die Familie von Finck, Miteigentümerin der Mövenpick Hotelgruppe. Der Dank der FDP kam direkt nach der Bundestagswahl: Über 1 Milliarde Euro in Form der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen – allerdings auf Kosten der Steuerzahler!

Auch das Thema Afghanistan hat in dieser Woche eine wichtige Rolle gespielt, vor allem im Hinblick auf die Konferenz am 28. Januar in London, auf der es um die zukünftige Strategie der internationalen Gemeinschaft gehen wird. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie auch auf eine **Veranstaltung zum Thema Afghanistan am 11. Februar in Unna** mit Niels Annen, Mitglied im Parteivorstand der SPD, aufmerksam machen. Weitere Informationen finden Sie in diesem Info-Dienst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Bundeshaushalt 2010: Rekordverschuldung und Klientelpolitik
2. Unternehmensspende deckt auf: Schwarz-Gelb ist käuflich
3. Diskussionsveranstaltung zum Thema Afghanistan am 11.2. in Unna

1. Bundeshaushalt 2010: Rekordverschuldung und Klientelpolitik

In dieser Woche wurde der Bundeshaushalt 2010 beraten. Der Ansatz von Finanzminister Wolfgang Schäuble sieht Ausgaben in Höhe von über 325 Milliarden Euro vor. Mehr als ein Viertel, 85,8 Milliarden Euro, werden neue Schulden sein. Statt Konsolidierung, plant die schwarz-gelbe Bundesregierung aber zusätzliche Steuersenkungen, möglicherweise bereits ab 2011, von bis zu 20 Milliarden Euro jährlich!

Was mit der Finanzmarktkrise begann und mit Minus 5 Prozent beim Bruttoinlandsprodukt 2009 den schärfsten Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit verursachte, schlägt dieses Jahr mit voller Wucht auf die öffentlichen Haushalte durch. Die wahren Kosten der Krise schlagen zu Buche und werfen die Frage auf, wer die diese Kosten zahlt. Schwarz-Gelb aber lehnt die Beteiligung der Finanzmarktakteure an diesen Kosten ab, verweigert sich einem Solidarbeitrag von Spitzenverdienern an zentralen Zukunftsaufgaben in der Bildung und vergrößert stattdessen noch durch Steuersenkungen auf Pump das riesige Loch in den Staatsfinanzen.

Dies werden besonders die Kommunen zu spüren bekommen. In der Kulturhauptstadt Essen werden Grundschulen geschlossen. In Remscheid wird nachts die Straßenbeleuchtung ausgeschaltet. In anderen Gemeinden wird beim Heizen der Schwimmbäder gespart. Musikschulen müssen Gebühren erhöhen. Nicht nur Nahverkehr, Müllabfuhr und Wasserversorgung sind betroffen, auch öffentliche Bibliotheken, Museen, Theater und eine Vielzahl anderer Kultureinrichtungen sind in Gefahr. Vor allem die Zukunft der Kinderbetreuung ist massiv bedroht. Der dringend erforderliche Ausbau auf 750.000 Plätze ist nicht mehr gesichert. Und damit auch der gesetzliche Rechtsanspruch nicht mehr, der ab 2013 allen Eltern einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ihres Kindes garantiert. Nicht weil die Kommunen das so wollten, sondern weil ihren finanziell die Möglichkeiten fehlen, in die Zukunft zu investieren.

Zur Verdeutlichung: In Nordrhein-Westfalen kommen mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz allein im Jahr 2010 Belastungen in Höhe von etwa 480 Millionen Euro auf das Land und auf die Kommunen etwa 320 - 350 Millionen Euro zu.

Zu der Frage, wie die Regierung das Loch in den Staatsfinanzen in den Griff bekommen will, schweigt Finanzminister Wolfgang Schäuble. Es ist unverantwortlich, die Bevölkerung darüber im Unklaren zu lassen, nur um vor der Landtagswahl in NRW eine Diskussion zu vermeiden. Die Sparpläne, inklusive der Einschnitte ins soziale Netz, liegen wahrscheinlich schon in den Schubladen. Soll hier etwas ein Wahlbetrug vorbereitet werden?

2. Unternehmensspende deckt auf: Schwarz-Gelb ist käuflich

Scharfer Kritik sieht sich die schwarz-gelbe Bundesregierung schon lange von Experten und Opposition ausgesetzt, angesichts der konjunktur- und arbeitsmarktpolitisch wirkungslosen Mehrwertsteuersenkung für Hotelbetreiber. CSU und FDP haben das milliarden schwere Geschenk für ihre Klientel dennoch durchgesetzt. Sie sind der Branche verpflichtet. Denn riesige Spenden sind an beide Parteien geflossen.

Die Substantia AG, ein Unternehmen des Milliardärs August Baron von Finck, hat zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 der FDP satte 1,1 Millionen Euro gespendet. Die Familie von Finck ist Miteigentümerin der Mövenpick Gruppe. An die CSU hat die Familie nach Recherche der "Süddeutschen Zeitung" schon vor der bayerischen Landtagswahl zweimal großzügig gespendet. Einmal 430.000 und dann noch mal 390.000 Euro.

Schätzungen zufolge bringt die Mehrwertsteuersenkung den Hoteliers rund 1,3 Milliarden Euro zusätzlich. Jährlich. Geld, das dem Staat fehlt und der Steuerzahler daher an anderer Stelle wird zahlen müssen.

Wir als SPD fordern die FDP auf: Zahlen Sie diese Spende von 1,1 Millionen Euro vollständig zurück. Es entsteht mittlerweile der Eindruck, dass schwarz-gelbe Politik käuflich ist und man sich wieder in der Bimbos-Republik von Helmut Kohl befindet.

Zur Info: Aus dem Rechenschaftsberichten des Jahres 2007 geht hervor, dass die SPD mit 6,7 Prozent am wenigsten abhängig von Spenden ist, gefolgt von der Linke mit 6,9 Prozent. Die Grünen liegen mit einem Spendenanteil von ca. 12 Prozent im Mittelfeld. In der CSU machte das Spendenaufkommen fast ein Viertel ihrer Einkommen aus. Im Jahr 2007 waren dies 10,7 Millionen Euro. Damit überstieg das Spendenaufkommen sogar die Mitgliedsbeiträge. Auch in der FDP übersteigt der Spendenanteil mit 22,3 Prozent den der Mitgliedsbeiträge.

Wirklich überraschend ist diese Politik allerdings nicht, wenn man sich vor Augen führt, dass die Schwarz-Gelbe Regierung seit Amtsantritt Lobbyisten verschiedener Klientel in die Regierung holt. Dies ist jüngst durch eine wichtige Personalentscheidung im Gesundheitsministerium wieder deutlich geworden. Zum Leiter seiner Grundsatzabteilung hat FDP-Minister Philipp Rösler mit Christian Weber einen führenden Lobbyisten der Privaten Krankenversicherer gemacht. Unter anderem hatte Weber verhindert, dass die milliardenschweren Rückstellungen in der PKV zur Mitfinanzierung des Gesundheitsfonds herangezogen werden.

Vorher hatte bereits Umweltminister Norbert Röttgen den Atomlobbyisten Gerald Hennenhöfer zum Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit ernannt. Der Job gilt als Schlüsselposten für die Verhandlungen mit der Atomwirtschaft. Von 1994 bis 1998 hatte Gerald Hennenhöfer den Posten des obersten Atomaufsehers, auf den er jetzt wieder rückt, schon einmal inne - damals hieß die zuständige Ministerin: Angela Merkel (CDU). Als Merkel von Jürgen Trittin (Grüne) abgelöst wurde, fand Hennenhöfer schnell einen anderen Job: beim Energieriesen E.ON. Für den handelte er als Generalbevollmächtigter den Atomausstiegsvertrag mit der rot-grünen Bundesregierung aus. Seit 2004 war Hennenhöfer als Anwalt für eine Kanzlei tätig, die unter anderem das Münchner Helmholtz-Zentrum vertrat - und das hat bis vor kurzem das umstrittene Atommüll-Versuchslager Asse betrieben.

Die Regierung gibt nach und nach wichtige Politikfelder in die Hand von Lobbyisten. Dies ist eine Politik, die nur noch das Wohl einzelner Klientelgruppen im Sinn hat, nicht aber das Gemeinwohl.

3. Diskussionsveranstaltung zum Thema Afghanistan am 11.2. in Unna

Im neuen Jahr stehen wichtige strategische Entscheidungen für den Einsatz Deutschlands in Afghanistan an. In dieser Woche, am 28. Januar, findet in London eine internationale Konferenz statt, bei der die Route für das weitere Vorgehen der Staatengemeinschaft in Afghanistan abgesteckt werden soll. Es ist

gut, dass es in Deutschland endlich eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft unseres Engagements in Afghanistan gibt.

Wir als SPD gestalten diese Debatte mit. Deshalb haben Partei und Fraktion diesen Freitag ein öffentliches Hearing mit vielen hochrangigen Experten veranstaltet und einen 10 Punkte Plan für Afghanistan vorgelegt (http://www.spd.de/de/pdf/10_Punkte_Plan_AFG.pdf). Am kommenden Montag wird dann der Parteivorstand gemeinsam mit Helmut Schmidt und Peter Struck diskutieren. Wir werden unsere eigene Position zur Zukunft des deutschen Engagements formulieren und innerhalb der Partei aber auch mit der Öffentlichkeit diskutieren. Wir brauchen eine klare Perspektive, wie die Ergebnisse des internationalen Engagements in Afghanistan gesichert und der Einsatz der Bundeswehr schrittweise beendet werden können. Die Bundesregierung hat bislang klare Aussagen dazu verweigert. Der Außenminister und auch der Verteidigungsminister streiten intern über die richtige Linie, die Kanzlerin schweigt. Auf unser Drängen wird Frau Merkel nun in dieser Woche eine Regierungserklärung abgeben. Wir erwarten konkrete Ansagen, mit welchen Positionen die Bundesregierung in die Verhandlungen von London gehen will und wie der Einsatz der Bundeswehr zu einem erfolgreichen Ende gebracht werden kann.

Vor diesem Hintergrund will ich Sie zu einer öffentlichen Veranstaltung einladen, um gemeinsam mit Ihnen über den Einsatz Deutschlands in Afghanistan zu diskutieren.

Wie weiter in Afghanistan

-

Perspektiven und Grenzen des Bundeswehreinsatzes

am Donnerstag, den 11. Februar, um 19 Uhr

Der Ort wird im nächsten Info-Dienst bekannt gegeben

Als Referenten konnten wir Niels Annen, Mitglied im SPD Parteivorstand, gewinnen. Darüber hinaus gehörte er in der letzten Legislaturperiode dem Auswärtigen Ausschuss an und hat Afghanistan mehrmals bereist und sich ein Bild von der Situation vor Ort gemacht.

Wenn Sie Interesse an der Veranstaltung haben, bitte ich Sie um eine kurze Anmeldung in meinem Wahlkreisbüro unter oliver.kaczmarek@wk.bundestag.de oder unter 02303-25314-30.